



## Sitzung der Fachkommission Wirtschaftspolitik des Ausschusses der Regionen am 22. April 2016

### *Erster Meinungsaustausch zu der Initiativstellungnahme „Staatliche Beihilfen und Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“*

Am Freitag, den 22.04.2016, fand ein erster Meinungsaustausch zur Initiativstellungnahme „Staatliche Beihilfen und Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“ im Rahmen der 8. Sitzung der Fachkommission Wirtschaftspolitik (ECON) des Ausschusses der Regionen statt.

Für die Europäische Kommission nahm Herr Koen van de Castele, Leiter des Referates „Staatliche Beihilfen und Einzelfallhilfen“ aus der Generaldirektion Wettbewerb an dem Meinungsaustausch teil sowie von der Universität Radboud, Nimwegen, Niederlande Herr Professor Johan van de Gronden (Recht der europäischen Integration, Abteilung für internationales und europäisches Recht).

In einem Diskussionspapier – Link siehe unter „Weiterführende Informationen“ – wurde betont, dass der AdR zwar das Ziel der Kommission zu einer weiterführenden Modernisierung des Beihilfenrechts unterstütze, dass jedoch der Verwaltungsaufwand für Behörden und Unternehmen vor Ort deutlich verringert werden müsse, und dass die Ressourcen der Europäischen Kommission sich vor allem auf die Durchführung der Beihilfavorschriften in den Fällen mit der größten Auswirkung auf den Binnenmarkt konzentrieren sollten.

Ein weiterer Schwerpunkt in dem Sondierungsgespräch umfasste den Bereich Definition von DAWI: diese sei von entscheidender Bedeutung dafür, ob eine Unterstützung mit öffentlichen Mitteln nach dem komplexen Beihilfeverfahren aufgrund der EU-Vorschriften geprüft werden müsse oder nicht. Zudem unterstrich Töns in diesem Zusammenhang, dass die Definition von DAWI nicht nur wirtschaftliche Aspekte umfassen sollte, sondern auch sozialpolitische. Der Vertreter der Kommission bestätigte, dass die Mitgliedstaaten die interpretatorische Hoheit über die Definition einer DAWI besäßen; dies würde nicht einseitig von der Kommission

festgelegt. Koen van de Castele stellte in diesem Zusammenhang eine Mitteilung der Kommission für den Sommer in Aussicht.

Insgesamt stieß das Diskussionspapier in diesem ersten Meinungsaustausch auf großen Zuspruch der ECON-Mitglieder.

Bereits in der nächsten Woche wird ein so genanntes Stakeholder Meeting in Brüssel stattfinden, ein Gespräch mit relevanten Akteuren aus dem Feld. Eingeladen wurden unter anderem

- Social Platform – Dachverband europäischer Nichtregierungsorganisationen;
- Internationaler Verband für öffentliches Verkehrswesen (UITP);
- Europäischer Verband der öffentlichen Arbeitgeber und Unternehmen (CEEP);
- Europäischer Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst (EPSU);
- Rat der Gemeinden und Regionen Europas (CEMR);
- Vertreter der Stadt Köln und Wien;
- Deutscher Landkreistag.
- Zudem wurden Vertreter der derzeitigen niederländischen sowie der kommenden slowakischen Ratspräsidentschaft eingeladen.

Zum weiteren Vorgehen: Es ist vorgesehen, den ersten Entwurf der Initiativstellungnahme Mitte Mai in die Übersetzung zu geben, über den dann in der 9. Sitzung der Fachkommission ECON am 20./21.06.2016 abgestimmt wird. Die Endabstimmung findet dann in der 119. Plenarsitzung am 11./12. Oktober 2016 statt.

Weiterführende Informationen:

<https://mbem.nrw/sites/default/files/asset/document/cor-2016-01460-00-00-dt-tra-de.pdf>